Nummer 177 | Halle, Dienstag, den 31. Juli 1923 | 58. Jahrgang
Einzelpreis: 1000,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für M[itte]deutschland

Erscheint an jedem Wochentage nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende halbmonatliche Bezugspreis beträgt in Stadt und Land 41 000,00 Mark, in unseren Ausgabestellen abgeholt 40 000,00 Mk., durch die Post frei ins Haus zugestellt 40000,00 Mk. Die zehngespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr 1200,00 Mk., im auswärtigen Verkehr 1200,00 Mk. Reklamen die Millimeter-Zeile 5000,00 Mk. im Ortsverkehr u. 5000,00 Mk. im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vorm.

Verlagsort: Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Die Zentrale verbindet mit allen Abteilungen. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Landkasse Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsänderungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Furchtbares Eisenbahnunglück bei Kreiensen.

Das Steuerprogramm.

Die Grundlagen für ein Rhein-Ruhr-Opfer.

Berlin, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Halbamtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat eine Reihe von Steuergesetzentwürfen angenommen, die dazu bestimmt sind, den Reiche, dessen Ausgaben durch die fortschreitende Geldentwertung immer bedrohlicher anwachsen, in kürzester Frist neue erhebliche Einnahmen zu verschaffen. An erster Stelle steht das Rhein-Ruhropfer, das in zwei Teile zerfällt. Der erste Teil sieht für die leistungsfähigen Einkommensträger, d. h. für diejenigen Einkommensteuerpflichtigen, die den erhöhten Vorauszahlungen unterliegen (Handel, Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe), eine Abgabe vor, die aufgebaut ist auf den erhöhten Vorauszahlungen zur Einkommensteuer für das dritte und vierte Kalendervierteljahr 1923 und für das erste Kalendervierteljahr 1924. Die Abgabe soll in drei Raten bezahlt und mit den gesamten Vorauszahlungen verbunden werden. Die erste Rate soll also noch im August fällig sein. Zwecks beschleunigter Einzahlung der zweiten und dritten Rate soll der Vorauszahlungstermin für das vierte Kalendervierteljahr 1923 vom 15. November 1923 auf den 5. Oktober 1923 und für das erste Kalendervierteljahr 1924 vom 15. Februar 1924 auf den 5. Januar 1924 vorverlegt werden. Jede der drei Raten soll das Doppelte der eigentlichen Vorauszahlungen betragen. Die erste Rate, die im August fällig wird, wird also das Fünfzigfache der nach dem Einkommen von 1922 berechneten Vorauszahlung ausmachen. Die weiteren beiden Raten im Oktober 1923 und im Januar 1924 werden erheblich höher sein, weil infolge der inzwischen fortgeschrittenen Geldentwertung mit einer starken Erhöhung der Multiplikatoren für die Vorauszahlungen zu rechnen ist. Die Erwerbsgesellschaften sollen

ein Vielfaches ihrer Körperschaftssteuer

für das vergangene Geschäftsjahr entrichten. Die Zahlungstermine sollen die gleichen wie bei den physischen Personen sein. Bei den Gesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr übereinstimmt, soll die erste Rate, die im August zu zahlen ist, die Hälfte der Körperschaftssteuer für das Geschäftsjahr 1922 multipliziert mit 35 betragen. Darüber hinaus sollen diejenigen Einkommensträger, die nicht den erhöhten Vorauszahlungen unterliegen, aber im Jahre 1922 ein Einkommen von mehr als eine Million Mark bezogen haben, mithin auch als leistungsfähig angesehen werden, können im August das 25fache und im Oktober und im Januar das 50fache ihrer Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer für das jeweils maßgebende Kalendervierteljahr zahlen. Weiter sollen nach dem Entwurf zum Rhein-Ruhropfer auch die Personenkreise beitragen, die sich den besonderen Aufwand eines Kraftwagens, sei es für ihre persönlichen Zwecke, sei es für die Förderung ihres gewerblichen Betriebes, gestatten können. Das Opfer beträgt das Fünfzigfache der Kraftfahrzeugsteuer nach dem Stande vom 1. September 1923. Bei Kraftfahrzeugen, die der Lastenbeförderung dienen und daher gewerblich in gewerbliche Zwecke eingeordnet sind, soll ein Opfer in Höhe vom Fünfzehn der Steuer gefordert werden. Das Rhein-Ruhropfer soll von den Steuerpflichtigen, die in den besetzten Gebieten wohnen oder ihren Ort der Leitung haben, sowie von den Steuerpflichtigen, die aus Anlaß der Besetzung ihren Wohnsitz oder Ort der Leitung unfreiwillig verloren haben, nicht erhoben werden. Zu dieser Belastung des Besitzes tritt ein Entwurf über

Abänderung einzelner Verbrauchssteuergesetze.

Die Biersteuer soll, wie es bereits durch das Biersteuergesetz von 1918 vorgesehen war, auf etwa 20 v. H. der Brauereipreise oder 8 bis 12 v. H. der Kleinverkaufspreise gebracht werden, nachdem die vom Reichstag im Juli beschlossene Erhöhung der Biersteuer als ausreichend nicht angesehen werden kann. Das Mineralwassersteuergesetz soll aufgehoben werden, nachdem der Reichstag die Erhöhung der Steuer abgelehnt hat. Die hierähnlichen Getränke, die bisher der Mineralwassersteuer unterlagen, werden in die Biersteuer eingegliedert. Der Entwurf will ferner bei der Bier-, Zucker-, Salz-, Zündwaren-, Leuchtmittel-, Spielkarten- und Kohlensteuer durch Verkürzung der Fälligkeitsfristen den möglichst raschen Eingang dieser Steuern bewirken. Des weiteren soll der Zahlungsaufschub bei Branntweinaufschlag und Essigsäuresteuer beseitigt werden. Endlich handelt es sich um ein Steuerzinsgesetz, durch welches der Reichsminister der Finanzen die Ermächtigung halten soll, für Verzugszinsen und Zinsen, die bei Steuerstundungen gewährt werden, einen wesentlich höheren Zins als bisher festzusetzen. Die Entwürfe sind bereits dem Reichsrat zugegangen.

Beschaffung von Lebensmitteln.

Berlin, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) **Das Reichskabinett hat sich mit der drängenden Frage der Beschaffung von Lebensmitteln sehr ernst beschäftigt. Heute dürften entscheidende Beschlüsse gefaßt werden, durch die die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln sichergestellt wird. Voraussichtlich werden dem Lebensmittelhandel Devisen in verstärktem Maße zur Verfügung gestellt werden.**

Aufruf des Landwirtschaftsrates.

Berlin, 30. Juli. Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates Dr. Brandes erläßt folgenden Aufruf: „Der Herr Reichskanzler weist darauf hin, daß infolge der Verspätung der Kartoffelernte die Städte von Kartoffeln entblößt seien und daß auch sonst die Ernährungsschwierigkeiten der großen Verbrauchermassen wachsen. Der Herr Reichskanzler richtet an die deutsche Landwirtschaft den dringenden Aufruf, alle Kräfte anzuspannen, um die Erträge, insbesondere der Frühkartoffeln, möglichst umgehend dem Verbrauch zuzuführen und die Lage in den Städten zu erleichtern. Unterstützung durch das Reichsministerium sei zugesichert. — Ich unterstütze diese ernste Mahnung des Herrn Reichskanzlers auf das dringendste. Verspätete Ernte und Markentwertung verschlimmern die Lage. Es kommt jetzt darauf an, trotz dieser Schwierigkeiten den Anschluß an die neue Ernte zu erreichen, die, wenn sie gut geborgen werden kann, gut zu werden verspricht. Ich fordere deshalb die deutschen Landwirte auf, der Mahnung des Herrn Reichskanzlers zu folgen und insbesondere, soweit es der Reifegrad der Kartoffeln irgendwie gestattet, die Städte möglichst ausgiebig mit Frühkartoffeln zu versehen."

Mehr als 40 Tote.

Kreiensen, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) **In der vergangenen Nacht fuhr auf dem Bahnhof Kreiensen der D-Zug 88 Hamburg—München auf den ausfahrenden planmäßigen Vorzug D 88 infolge Ueberfahrens des Aufhaltesignals auf. Wie die Telunion erfährt, konnten bis früh 8 Uhr 27 Tote und 25 Verwundete, darunter 11 Schwerverletzte, geborgen werden. — Nach neueren Meldungen aus Hannover sollen bei dem Eisenbahnunglück bei Kreiensen 42 Personen getötet worden sein. Bisher konnten ca. 29 Tote geborgen und ca. 40 Verletzte aus den Trümmern gerettet werden. Beim Auffahren der Lokomotive auf die Wagen entstand außerdem ein Brandunglück. — Die Schuldfrage bei dem Bahnunglück ist insofern geklärt, als feststeht, daß der Lokomotivführer des um 11 Uhr von Hamburg abfahrenden D-Zuges das Aufhaltesignal versehentlich überfuhr. Wie es heißt, ist ihm ein Fremdkörper ins Auge gefallen, so daß er das Signal übersah.**

*

Wie die Telunion weiter erfährt, handelt es sich bei dem Unglückszug um hannoversches Personal. Der Lokomotivführer heißt Albrecht. Nach an zuständigen Stellen in Berlin bis mittags eingegangenen Meldungen sind bisher erst 32 Tote geborgen. Man befürchtet, daß noch weitere Tote unter den zerstörten Wagen liegen.

Die Gewerkschaftsführer beim Reichskanzler.

Berlin, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) **In der Reichskanzlei fand eine eingehende Aussprache der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Beamten mit der Reichsregierung über die schwierige wirtschaftspolitische Lage statt, die sich infolge der Entwicklung der letzten Wochen im Reiche ergeben hat. Der Reichskanzler gab zunächst einen Ueberblick über die Lage und die von der Reichsregierung durchgeführten und weiterhin geplanten Maßnahmen. Insbesondere erörterte er die Möglichkeit der wertbeständigen Anleihe, die Anpassung der Reichseinnahmen an die wachsende Geldentwertung und die schwierige Ernährungslage. Die Vertreter der Gewerkschaften legten sodann dar, wie sie sich die Lösung der drängenden Fragen vorstellen. Sie empfahlen Maßnahmen, die teils sofort auf Grund bestehender Gesetze, teils in naher Zukunft durch neue Gesetze und Verordnungen durchgeführt werden könnten, mit dem Ziel, stabile finanzielle Verhältnisse im Reiche zu schaffen und damit die Grundlage für eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt zu erhalten. Ueber diese Anregungen, wie über die Maßnahmen der Regierung, über deren Richtung die Regierungskundgebung vom Sonntag Aufschluß gegeben hat, entspann sich eine ins einzelne gehende Erörterung, in deren Verlauf unter anderen der Reichswirtschaftsminister, der Reichsernährungsminister und der Vertreter des Reichsfinanzministers Gelegenheit hatten, die von der Reichsregierung verfolgte Politik zu erläutern; insbesondere legte der Reichsbankpräsident die Gründe der bisherigen und jetzigen Reichsbankpolitik dar. Der Reichskanzler schloß die Sitzung mit dem Danke für die gegebenen Anregungen und mit dem Wunsch, daß die Gewerkschaften auch weiterhin in dieser schweren Zeit enge Fühlung mit der Reichsregierung halten möchten.**

Die Einberufung des Reichstages.

Berlin 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) **Wie offiziell bekanntgegeben wird, findet die nächste Reichstagssitzung am 8. August, nachmittags 2 Uhr, statt.**

Erkrankung des Präsidenten Harding.

London, 30. Juli. **Reuter meldet aus San Francisco, Präsident Harding habe das für seinen Besuch in Kalifornien aufgestellte Programm abgesagt. Man nimmt an, daß dieser Entschluß durch das Befinden des Präsidenten veranlaßt ist, das ernster sei, als zuerst angenommen wurde. Der Leibarzt Hardings gab gestern abend einen Krankheitsbericht aus, in dem es heißt, es hätten sich im Laufe des Tages neue Erscheinungen gezeigt, die auf Komplikationen hindeuten. Im ganzen sind vier Aerzte zur Behandlung zugezogen worden. Man nimmt an, daß die Krankheit des Präsidenten durch den Genuß von Krabben verursacht worden ist.**

*

San Francisco, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Gesundheitszustand des Präsidenten Harding ist besorgniserregend. Es wird befürchtet, daß Herzkomplikationen eintreten könnten.

Blutauffrischung.

Das Gerede über einen nahen Kabinettswechsel.

Das Krisengerede will nicht verstummen. Auch gestern waren wieder in Berlin Gerüchte verbreitet, wonach der Sturz des Kabinetts Cuno nur die Frage noch weniger Tage sei. Demgegenüber sei festgestellt: an der Beseitigung des Kabinetts Cuno kann niemand, der die gesamte inner- und außenpolitischen Lage vorurteilsfrei überblickt, ein Interesse haben. Wohl aber ist eine Blutauffrischung, ein Personalwechsel für dieses oder jenes Ressort notwendig. Ein Wunder ist es nicht, wenn die kritische Situation Deutschlands ihre scharfen Reflexe auf die gegenwärtige Regierung wirft. Es kann nicht geleugnet werden, daß schwere Unterlassungssünden begangen worden sind. Aber das Entscheidende ist doch der entsetzliche Austurm Poincares auf Deutschlands politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Bestand. Gegenüber dieser konzentrierten Zerstörungswut hatte Deutschland vielleicht eine elastischere Abwehr wählen können, abzuwenden war die Not von uns nicht. Diese Tatsache muß man immer wieder allen Betrachtungen zur Lage vorausschicken. Es ist freilich notwendig, zu untersuchen, ob alle Mitglieder des Reichskabinetts auf ihrem Posten ihren Mann gestanden haben.

Da muß man zunächst sagen, daß die Einheitlichkeit in unserer Politik gerade in den sieben Kampfmonaten oft genug bitter vermißt wurde. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß für den Mangel an Einheitlichkeit zunächst der Reichskanzler haftet. Es geht nicht an, daß jedes Ressort Politik auf eigene Faust treibt. Das ist schon in normalen Zeitläuften nicht erträglich, in Krisenzeiten aber kann es leicht zum Verhängnis werden. Aber technisch genommen, liegt die Schuld bei denjenigen Ressortministern, die sich nicht in die große Linie der Abwehr einzufügen wissen. Es wäre darum verhängnisvoll, jetzt nach einem vollkommen neuen Kabinett zu rufen, anstatt sich auf gewisse Personalkorrekturen zu beschränken. Das Krisengerede ist aber auch insofern verfrüht, als der Reichstag ja noch gar nicht zusammengetreten ist. Soweit parlamentarische Faktoren schon vorher versammelt waren, hat man nicht vernommen, daß ihre Forderungen auf einen Sturz des Kabinetts Cuno hinausgelaufen wären. Im Gegenteil, selbst der sozialdemokratische Führer Hermann Müller, wie gestern im Leitartikel eingehend dargelegt war, will Herrn Cuno nicht stürzen, und man darf annehmen, daß auch die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte nicht daran denkt, den Kanzler zu beseitigen. Wohl hat das Zentrum in seinen führenden Blättern eine Art Kampfstellung gegen das Kabinett Cuno bezogen, aber die Reichstagsfraktion des Zentrums scheint diesen Pressеangriffen gegenüber eine etwas andere Haltung einnehmen zu wollen. Schließlich ist ja das Zentrum auch in hervorragendem Maße im Kabinett vertreten, und gerade der Minister, gegen dessen Politik die begründetsten Einwände erhoben werden, gehört dieser Partei an. Herr Hermes ist zu einer Finanzwirtschaft gekommen, bei der ungefähr noch fünf Prozent der Reichsausgaben durch Einnahmen gedeckt werden, die restliche Deckung aber durch die Notenpresse erfolgt. Die letzte Dekade des Reichsbankausweises teilt eine Erhöhung des Notenumlaufs um 11 Billionen mit. Die unglaubliche Inflation ist vor allem das Grundübel. Ihr muß jetzt energisch entgegengewirkt werden. Nun will ja der Reichstag eine Anzahl neuer Steuergesetze schaffen. Aber Herr Hermes müßte sich doch sagen, daß sein jetziges Programm am Anfang der Ruhraktion hätte stehen müssen. Wir brauchen sofort große Einnahmen für den Reichssäckel, um den Gang der Notenpresse verlangsamen zu können. Daher würde es auch richtig sein, mit bestimmten Maßnahmen nicht bis zum Zusammentritt des Reichstages zu warten.

Das Anleiheprojekt, wie es Herr Hermes zunächst veröffentlichte, war völlig unzulänglich. Er wollte 25 Millionen Goldmark als innere Anleihe ausschreiben. Inzwischen hat man diese Anleihe auf 100 Millionen Goldmark erhöht. Es ist zu erwägen, ob diese Anleihe überhaupt begrenzt werden soll. Das ist natürlich in erster Linie eine Frage der Garantie. Man wird keine Anleihe zeichnen, die nicht durch wertbeständige Steuern oder ähnliche Sicherheiten gedeckt ist. Darum entsteht die Frage, ob man nicht ganz bestimmte Einkünfte für die Anleihe bereitstellen soll. Die bisherigen Steuern sind dafür ungeeignet, außerdem kann man sie schon darum nicht in Anspruch nehmen, weil dadurch eine weitere Schmälerung der Einnahmen erfolgen würde. Es erhebt sich die Frage, ob nicht die von der Wirtschaft gegebene Zusage, 500 Millionen Goldmark für Reparationszwecke zur Verfügung zu stellen, jetzt nutzbar zu machen ist. Die Ordnung in unserem Haushalt ist ja die erste Voraussetzung einer Reparationsmöglichkeit, und das Angebot der Industrie war für spätere Jahre gegeben. Daß in der Zwischenzeit die starken Kräfte für die Finanzreform beansprucht werden müßten, konnten dicht zweifelhaft sein. Jedenfalls gilt es jetzt, etwas ganz Großes zu versuchen, denn nur große Mittel können helfen. Uns will

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230731015/fragment/page=0001

scheinen, daß auch das in der Regierungskundgebung veröffentlichte Programm noch nicht jenen großen Wurf darstellt, der getan werden muß.

In Herrn Beckers Ressort hat man vor allen Dingen auf dem Gebiete der Devisenpolitik peinlich versagt. Fast jeder Tag bringt eine Neuerung, aber auch jeder neue Tag bringt eine Dollarsteigerung. Erst versuchte man den Kurs in Berlin niedrig zu halten und schenkte damit jedem Devisenkäufer in Berlin eine bestimmte Summe. Jetzt geht man zum anderen Extrem über, und zahlt in Berlin als Anreiz mehr für den Dollar, als an den Weltbörsen gezahlt wird. Diese Hilflosigkeit muß zum Chaos führen. Auch die Preispolitik des Wirtschaftsministeriums zeigt überaus bedenkliche Seiten. Herr Becker, der Vater der Zwangsanleihe, war es ja auch, der unter der Assistenz des Herrn Heilferich einer rechtzeitigen Neuordnung der Finanzen Widerstand geleistet hat.

Es wäre falsch, diese Unzulänglichkeiten zu übersehen. Innen- und außenpolitisch ist es notwendig, daß der Kanzler selber am Ruder bleibt. Sein Kabinett verlangt aber eine Blutauffrischung. Daneben muß das Kabinett Cuno in höherem Maße als bisher führend auftreten.

Eine Kollektivnote an Deutschland?

London, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" teilt mit, daß der Vorschlag gemacht worden wäre (von wem, sagt der Korrespondent nicht), eine gemeinsame Note aller Alliierten nach Berlin zu senden, die auf die deutschen Vorschläge vom 7. Juni antworten würde, ohne aber von der Ruhr zu sprechen. Die verschiedenen Mächte würden außerdem je eine getrennte zweite Note an die deutsche Regierung senden, wobei die französische und belgische Regierung die Einstellung des passiven Widerstandes fordern, die übrigen Regierungen dies dagegen nur anraten würden. — Die französische und die belgische Antwortnote wurden heute im Foreign Office überreicht. Sie stimmen nicht überein. Ueber die Art der Abweichungen wird indessen strengstes Stillschweigen beobachtet.

London, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das Kabinett wird heute zusammentreten, um über die sich durch die französische und belgische Antwortnote ergebenden Schritte weiterzuberaten.

*

Brüssel, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In einer offiziösen Verlautbarung wird heute abend erklärt, in der heute Lord Curzon überreichten belgischen Antwort seien mit Bezug auf die Ruhrbesetzung die zuletzt schon mit Frankreich gemeinsam gemachten Erklärungen wiederholt, während hinsichtlich der Reparationen die technischen Bemerkungen wiederholt würden, die die belgische Regierung früher schon in Paris und London mitgeteilt habe.

* * *

Englische Mahnung zum Durchhalten?

Paris, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Korrespondent der „Chicago Tribune" glaubt feststellen zu können, daß in englischen Regierungskreisen ein Gefühl der Ermutigung vorwalte und man die französische Antwort als durchaus unzufriedenstellend ansehe, während die belgische zufriedenstellend sei. Poincaré betonte in seiner Antwort, daß die Franzosen sich erst von der Ruhr nach Einstellung des passiven Widerstandes zurückziehen und bis dahin auch keine milderen Maßnahmen treffen würden. Die französische Anregung bezüglich der interalliierten Schulden, England möge, wenn es die deutsche Schuldenlast zu vermindern gedente, eine entsprechende Herabsetzung der französischen Schulden gegenüber Großbritannien vornehmen, wird von den Engländern als unannehmbar aufgefaßt, besonders nachdem sich England gegenüber Amerika zu einer drückenden Schuldenabzahlung verpflichtet habe. Der Korrespondent glaubt aus zuverlässiger Quelle versichern zu können, daß die englische Regierung in Berlin zu verstehen geben werde, man möge sein Aeußerstes tun, um noch 3 bis 4 Wochen durchzuhalten, damit sich die englische Politik bis dahin genügend entwickeln könne. In den Kreisen der Opposition gegen Baldwin rechnet man mit der Gewißheit, daß der deutsche Widerstand in naher Zukunft zusammenbrechen werde. Baldwin und seine Anhänger hegen jedoch die Befürchtung, daß dieser Zusammenbruch den Untergang des Deutschen Reiches zur Folge haben werde.

Das Brüsseler Gesandten-Attentat.

Brüssel, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das Gericht hat den Reservelentnant Meedenant, der den deutschen Geschäftsträger seinerzeit angegriffen hatte, zu vier Monaten Gefängnis mit Strafaufschub verurteilt.

Aufhebung der Duisburger Sanktionen.

Duisburg, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die von der belgischen Besatzungsbehörde nach dem angeblichen Eisenbahnattentat auf die Brücke bei Hochfeld erlassenen Sonderaktionen für das besetzte Gebiet sind durch eine Verfügung des zuständigen Generals außer Kraft gesetzt worden. Im Bezirk Gladbeck, Dorsten und Buer können die Wirtschaften wieder bis 10 Uhr offen gehalten werden. Die Straßenbahn in Gladbeck hat den Betrieb wieder aufgenommen. Eine Begründung für die Aufhebung der Sanktion wurde nicht gegeben, wie auch eine Bemerkung auf die von der „Telegraphen-Union" seinerzeit gebrachte Mitteilung über die Verhaftung eines Belgiers und eines Argentiniers als mutmaßliche Täter nicht erfolgte.

*

Dortmund, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In Westhofen wurde gestern morgen mit Ablauf des Belagerungszustandes die Grenzsperre aufgehoben. Um 12 Uhr wurde jedoch die Grenze überraschend wieder geschlossen. Vor dem Amtshause hatten sich 800 bis 900 Menschen angesammelt, die ihre Pässe abgestempelt haben wollten. Die Franzosen lehnten dies ab und verwiesen sie nach Witten. Die um 12 Uhr überraschend wieder einsetzende Grenzsperre scheint damit zusammenzuhängen, daß die Zugkontrolle noch nicht fertig eingerichtet ist und die Franzosen den Belagerungszustand mit der Grenzsperre nur dann aufheben, wenn im gleichen Augenblick die Zugkontrolle einsetzen kann. Die militärischen Zustände in Westhofen sind vollständig zerfahren. Es kommen täglich Schlägereien unter den Soldaten von Gehorsamsverweigerungen ganz zu schweigen der Tagesordnung. Fast täglich werden Soldaten gefesselt abtransportiert. Der am 27. Juli festgenommene Eisenbahner Hartung wurde wegen Sterbefalles seines Kindes vorläufig entlassen. Er darf seine Wohnung nur zur Beerdigung verlassen. Weiteres über sein Schicksal soll später bestimmt werden. In Steele haben die Franzosen den Straßenbahnverkehr für 14 Tage verboten. Der Grund ist unbekannt.

* * *

Rhein- und Ruhrchronik.

Unerhörte Roheit gegen ein todkrankes Ruhrkind. Die Kontrolle an den einzelnen Kontrollstellen nach Aufhebung der Sperre wird sehr scharf durchgeführt. Am Bahnhof Dorsten wurde aus einem Krankentransport, der ins unbesetzte Gebiet geführt wurde, ein zirka 15jähriges Mädchen, dem man ansah, daß es krank und hinfällig war, herausgeholt, weil es nicht im Besitze eines französischen Visums war. Die begleitenden katholischen Schwestern baten den Bahnhofsvorstand und alle zuständigen belgischen Stellen, das Kind, das dringend der Erholung bedürfe, passieren zu lassen. Das Kind sei kaum transportfähig und immer bettlägerig gewesen; so daß es sich ein Visum nicht hätte besorgen können. Alle diese Bitten jedoch blieben vergebens. Das Kind durfte nicht mit und mußte allein am Bahnhof Dorsten zurückbleiben. Auch hilfsbereite Menschen, die sich des Kindes annahmen, wurden abgewiesen und das Kind mußte mit dem nächsten Zuge nach Buer zurückkehren.

Ehrenliste standhafter Deutscher. Die vierte Ehrenliste der im alt- und neubesetzten Gebiet ausgewiesenen Zoll- und Steuerbeamten umfaßt 1248 Namen. Aus der Liste ist zu erwähnen: Gewaltsam ausgewiesen wurden 997, verhaftet und dann ausgewiesen ohne gerichtliches Verfahren 162, verurteilt 56 mit insgesamt 14 Jahren 7 Monaten 11 Tagen, 30 070 000 Mark und 115 Franken Geldstrafe, darunter einer mit fünf Jahren und fünf Millionen, einer mit einem Jahr und drei Millionen, verhaftet, freigesprochen und entlassen bzw. ausgewiesen 14, beraubt durch Angehörige der Besatzungsarmee einer, der 200 000 Mark bei sich trug; verhaftet und noch ohne Kenntnis über den Ausgang des Verfahrens 48, mißhandelt, verhaftet und entlassen 3, aus der Wohnung unter Zurücklassung der Möbel vertrieben 3. Die Eisenbahner sind noch in weit größerer Zahl Opfer geworden, neben ihnen unzählige andere Beamte, Angestellte und Arbeiter.

Opfer der Schießwut. Am 29. Juli, abends gegen 11 Uhr, fielen an der Ecke der Brücken-Reinoldistraße in Dortmund mehrere Schüsse. Soweit bis jetzt festgestellt wurde, waren dort 3 bis 4 französische Kriminalbeamte anwesend. Zwei von ihnen trugen Revolver in der Hand. Angeschossen wurde ein junger Mann, der einen Rückenschuß erhielt. Er wurde in das städtische Krankenhaus eingeliefert. Der Name konnte noch nicht festgestellt werden. In Gladbeck wurde ein gewisser Alfred Pietasch in seiner Wohnung in der Rheinbahnstraße 17 von Belgiern erschossen, nachdem er angeblich einen Wortwechsel auf der Straße mit belgischen Soldaten gehabt hatte.

Für die Festmark.

Beschlüsse des deutschdemokratischen Parteivorstandes.

Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei war am 28. Juli in Berlin unter dem Vorsitz des Abg. Erkelenz zu einer Tagung zusammengetreten, die sich mit der gesamten politischen Lage Deutschlands, insbesondere mit den wirtschaftlichen und finanziellen Fragen beschäftigte. Anwesend waren auch die demokratischen Reichsminister und der Staatssekretär der Reichskanzlei, sowie viele Minister der Einzelstaaten, ferner waren hervorragende Finanzsachverständige der Einladung gefolgt. Der Vorstand nahm zuerst die Berichte der sämtlichen Referenten entgegen. Abg. Dr. Petersen beleuchtete die außenpolitische Lage und ging dabei namentlich auf das Verhältnis zu Frankreich und England, sowie auf die Dinge im Ruhrgebiet ein. Abg. Erkelenz behandelte in seinem Bericht über die innere Lage gleichfalls die Ruhrfragen, daneben aber in hervorragendem Maße die putschistischen Strömungen sowohl von Rechts- und Linksradikalen und die Maßregeln zu ihrer Abwehr. Abg. Dr. Fischer referierte über die Finanzpolitik und die Steuerfragen und betonte sehr stark die Notwendigkeit eines Uebergangs zur Festmarkrechnung im Steuersystem und weiterhin in der Volks- und Einzelwirtschaft überhaupt. Direktor Dr. Schacht kritisierte die bisher betriebene Währungs- und Devisenpolitik des Reiches und trug die gegen die Inflation zu ergreifenden Maßnahmen vor. Herr Dr. Melchior skizzierte das Regierungsprogramm für wirksame Verhandlungen mit der Entente und forderte die schleunige Ausführung der Vorschläge, die die Regierung in ihrem Memorandum bereits vor Wochen gemacht hätte, wobei er besonders auf die Einführung der Festmark in die Steuergesetzgebung einging.

An die Referate schloß sich eine ausführliche, rege und tiefgründige Aussprache, die sich in erster Linie auf die finanziellen und wirtschaftlichen Probleme erstreckte. Sehr eingehend wurde auch die Frage eines Kabinetts- und Ministerwechsels erörtert. Während der Vorstand der Meinung war, daß namentlich aus außenpolitischen Gründen der Rücktritt des Gesamtkabinetts Cuno inopportun sei, gaben mehrere Redner den im Lande herrschenden Mißstimmung über die Untätigkeit und über die verkehrten Maßnahmen des Finanz- und des Wirtschaftsministeriums Ausdruck und empfahlen eine Umbildung des Kabinetts im Sinne einer größeren Aktivität und einer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen des Deutschen Reiches. Zum Schluß wurde einstimmig nachstehende Entschließung angenommen:

„1. Die Wirtschaft des Reiches, der Länder und der Gemeinden, sowie die Einzelwirtschaft sind auf eine rechnungsmäßige Festmark aufzubauen. Die Festmark-Berechnung ist für alle Steuern, die Löhne und Gehälter, die kaufmännische Buchführung, den Groß- und Einzelhandel einzuführen. Mit dieser Umgestaltung der Finanz- und Währungspolitik ist ohne Verzug zu beginnen, um die schleunige Erhebung sofort wirksamer direkter Steuern, insbesondere einer Sonderbesitzsteuer für den Ruhrabwehrkampf, zu ermöglichen und der Wirtschaftsführung jedes Einzelnen eine festere Grundlage zu schaffen. Sofort sind zur Eindämmung der Inflation wertbeständige, allen Volkskreisen zugängliche Anleihen auszugeben.

2. Die Erfüllung dieser Forderungen wird den Deutschen am Rhein und an der Ruhr den unbeugsamen Willen des ganzen Volkes zeigen, mit ihnen in dem Kampfe für Einheit und Freiheit unseres Vaterlandes auszuharren."

Neue Versuche zur Ueberfliegung des Nordpols. Aftenposten erfährt aus Bergen: Die Expedition des Konsuls Hammer ist nunmehr von Spitzbergen zurückgekehrt. Konsul Hammer ist über Christiania nach Kopenhagen abgereist. Von dort reist er nach Berlin und weiter nach Amerika. Die übrigen Mitglieder der Expedition reisen nach Rotterdam. Konsul Hammer will im Dezember eine neue Expedition vorbereiten und, falls Amundsen an dieser Expedition nicht teilnimmt, den Flug über den Pol selbst ausführen. Konsul Hammer will versuchen, den norwegischen Flieger Omdal zur Teilnahme an dieser Expedition zu gewinnen.

Neue Erdgasbohrungen in Siebenbürgen. Vor einiger Zeit wurde berichtet, daß sich im Erdgasgebiet von Siebenbürgen plötzlich eine Erscheinung der bisher sehr ergiebigen Quellen bemerkbar mache. Die Nachricht ist in dieser Form nicht richtig, sondern es war, wie die „Deutsche Bergwerkszeitung" meldet, lediglich unterlassen worden, zur rechten Zeit neue Gasbrunnen zu errichten. Jetzt sind neue Bohrungen vorgenommen und in der letzten Zeit wurde der sechsbohrte Brunnen in Betrieb genommen, der heute bereits 800 000 Kubikmeter Gas liefert. Das große Erdgaslager bei Sarmas, das durch eine 74 Kilometer lange Fernleitung verschiedene Industrien versorgt, ist noch lange nicht erschöpft.

Der geohrfeigte d'Annunzio. Der Dichter Gabriele d'Annunzio wird seine Darstellerin, Frau Rubinstein-Golubew, wegen leichter Körperverletzung verklagen. Er geriet mit der temperamentvollen Tragödin, die kürzlich seine Phädra verkörperte, in einen Wortwechsel. „Sie werden niemals erfassen, was wahre Kunst ist", rief d'Annunzio aus. Da sich die Szene im Restaurant abspielte, so fühlte sich Frau Rubinstein verpflichtet, die treffende Antwort zu erteilen. D'Annunzio bekam eine Backpfeife, sprang auf und ließ den Gatten der Schauspielerin bezahlen. Vor Gericht will er den schlagfertigen Tragödin einige bittere Wahrheiten sagen. Sie scheint ihn nicht zu fürchten, denn ihr Anwalt hat bisher den Vergleichsweg noch nicht eingeschlagen.

Das Zentrum der Stadt Rawaruska in Asche gelegt. Aus Rawaruska (Polen) wird gemeldet, daß seit gestern ein Riesenbrand wütet, der das ganze Zentrum der Stadt in Asche legte. Ein Dutzend Mietskasernen, 2 Kirchen und ein Bethaus gingen völlig in Flammen auf. Der Schaden beziffert sich auf viele Milliarden Mark.

Naht- und nageHose Beschlungen? Aufklärungsschrift gratis.
Hartmann & Hansen, Halle, Talamtstr. 9.

„Haus Juchhe".

Roman von Adelheid Weber.

Copyright by August Scherl, G. m. b. H., Berlin 1922.

32. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Als hätte sie das Wort ausgesprochen, das alle Bezauberten entzaubert, so stand die graue, kurzröckige Frau da wie gebannt, starrte sie an, wischte sich mit der Hand über Stirn und Augen und stammelte:

„Wer sind Sie? Wie sind Sie hereingekommen?"

Die Senatorin schöpfte Atem, aber ehe sie noch antworten konnte, fuhr die graue Frau sie an:

„Wie konnen Sie es wagen, mich zu stören?"

„Ihr Wahninn kehrt wieder", dachte die Senatorin und wich ein wenig zurück.

„Mein liebes Fräulein, beruhigen Sie sich doch", flehte sie. Nun trat der Senator vor und erklärte in ruhigem, aber nachdrücklichem Geschäftston:

„Wir sind Senator Dobbertin und Frau aus Hamburg und kommen unsern Sohn besuchen. Wollen Sie uns sagen, wo wir ihn finden können?"

Maja stand wieder und fuhr sich mit der Hand über Stirn und Schläfe.

Dann sagte sie mit leiser Klage:

„Ah, Senator Dobbertin —" und noch immer nicht ganz, aber schon halb in der Wirklichkeit:

„Ich studierte eine Rolle — Sie haben mich etwas unsanft aus meinem Trancezustand geweckt — Ja, Ihr Sohn? Wie soll ich wissen, wo Ihr Sohn ist? Aber erspleat ja vor Tisch auf eine Stunde herzukommen — ja —. Wollen die Herrschaften nicht Platz nehmen?"

Sie stand aber immer noch vor ihnen und versperrte ihnen den Zugang zu der einzigen Sitzgelegenheit im Zimmer, dem Sofa. Dann schien ihr ein erleichterter Gedanke zu kommen, und sie sagte:

„Oder wollen die Herrschaften lieber ihren Sohn in seinem Zimmer erwarten?"

„Wir bitten darum", entschied die Senatorin auch ihrerseits erleichtert, und Maja schritt nun voran dem entgegengesetzten Ende des Korridors, wo sie eine Tür öffnete.

„Ach, wie hübsch! Stören Sie sich nun nicht weiter, Fräulein, wir warten hier gern allein."

„In der Tat bin ich jetzt nicht recht fähig zur Unterhaltung — die Versetzung in eine neue Rolle gleicht einem Trancezustand und erschöpft sehr."

„So lassen Sie sich ja nicht länger aufhalten", erwiderte die Senatorin, und Maja verließ mit schmerzlichem Lächeln das Zimmer.

„Die hat Grabben im Kopf", sagte der Senator.

„Ich hatte Angst, es würde von neuem bei ihr ausbrechen", seufzte die Senatorin, sich matt in [illegible]

„Hier sieht es etwas ani—tändiger aus", erklärte sie, sich im Zimmer umschauend. „Aber wo ist unsere Hildegard geblieben, Vater?"

„Die bibbert irgendwo. Ich such' sie."

„Aber bleib' nicht lang, Vater, es kann wieder ausbrechen."

Der Senator kam in wenigen Minuten zurück, Hildegard am Arm führend. Er hatte sie gleich draußen an der Haustür gefunden, wie sie ins Haus hineinhorchte und zitterte.

„Ich hätte keine gute Stunde mehr im Leben gehabt, wenn Ihnen etwas passiert wäre", sagte sie, an der Tür ihren Arm aus dem des Senators ziehend und langsam aufs Sofa zusteuernd. Sie strahlte erstaunlich zwischen der Scham und dem Wunsch, ihre Zahnenflucht zu rechtfertigen.

„Nun unterstehen wartesten Sie draußen ab, ob man uns drinnen abmurksen würde", fiel der Senator lachend ein.

„Herr Senator, ich bin nur ein schwaches Mädchen —", sie kämpfte bereits mit den Tränen.

Die Senatorin streckte ihr die runde Hand entgegen.

„Ich bin stark, liebe Hildegard. Sie sind kein Mameluck, und Mut kann man ihnen nicht verlangen. Setzen Sie sich man neben mich aufs Sofa. Sie bibbern ja wie ein Windspiel und sind gewiß schwach in den Beinen."

„O, Frau Senator, Sie sind gut!"

Uns Fräulein Hildegard beugte sich zum erstenmal in ihrem Leben auf das Haus eines Menschen nieder.

Die Frau Senator sog ganz erschrocken vor dieser ganz unhamburgischen Huldigung ihre Hand zurück.

„Aber, liebes Kind, Sie sind ja ganz außer Rand und Band! Na lassen Sie man, aufes Essen und ein Glas Wein bringt alles wieder ins Gleiche. — Wissen Sie denn schon, was das Gesichtet hier bedeutet?" Eine Komödiantin lernt ihre Rolle und übt sich im Schreien. Lieber Himmel, wie aber unser Detlev in solches Haus kommt!"

„Und da ist er, hoffe ich," sagte der Senator und öffnete die Zimmertür, denn er hörte im Korridorschloß den Drücker.

„Na, da hält diesmal 'ne Uhl leien!" wandte er sich rückwärts an seine Damen, die sich wieder vom Sofa erhoben.

Es war Sopherl, die nach Hause kam und nun, da sie fremde Stimmen in Detlevs Zimmer hörte, still stand, ungewiß, ob sie nachschauen sollte, wem diese Stimmen eigneten, unter denen sie weder die Detlevs noch Karls heraushörte.

Sie sah einen unbekannten alten Herrn vor sich zur Seite treten und auf Detlevs Sofa eine ältere, runde und eine junge, feine Dame, beide in Hut und Mantel und mit einer unverleugbaren Aehnlichkeit in Kleidung, Frisur und Haltung. Ein bekommendes Gefühl beklemmte sie und sie dachte zum erstenmal in ihrem vielbeschäftigten Leben an den Korridor und wie diese hellen blauen Augen ihn wohl angeschaut haben mochten. Das rief bei diesem Gedanken in ihr rundes Gesicht stieg, kleidete sie vorzüglich, und ihre feine Gestalt in dem einfachen Kleid und dem etwas zu leichten, aber zierlichen Jäckchen stand allerliebst in der Türöffnung.

„Ja, das ist denn etwas anderes," sagte die Senatorin leise zu Hildegard, und, sich vom Sofa erhebend, zu Sopherl hinüber: „Gewiß eins der fräulein Ostermanes? Mein Mann, der Senator Dobbertin aus Hamburg, unsere liebe Hausgenossin, Fräulein Pickenpack. Wir haben uns mit Erlaubnis Ihrer Fräulein Schwester hier niedergelassen, um die Ankunft meines Sohnes abzuwarten."

Sopherls Wangen färbten sich bei dieser Vorstellung noch höher.

„O Gott, seine Eltern!" war so ziemlich alles, was sie im Augenblick denken konnte. Sie trat aber in äußerlichen Fassung näher und begrüßte die Herrschaften in den gewohnten Formen. Sie wußte nicht, daß ihre ehrlichen grauen Augen um Nachsicht und Freundschaft für die Geschwister Ostermayer und ihre Umgebung warben. Der Frau Senator gefielen diese Augen aber sehr, und die Bescheidenheit Sopherls gegen sie, die das sonstige klare und sichere Auftreten der angenehmen jungen Dame in liebenswürdiger erscheinen ließ, schmeichelte sich wider ihren Willen zwischen die innerliche Güte der würdigen Dame und die keineswegs freundlichen Vorsätze, mit denen sie hierher gereist war.

Das ist sie also, dachte die Frau Senator. Na, so übel ist sie ja nicht. Aber ein Dobbertin und dieses Haus! Dieser Korridor! Und diese Komödiantin! Nein, nein, ja hatt 'ne Uhl leien und aus einer Heirat kann nichts werden. Schade um die niedliche Deern, wär sie man bloß aus einem andern Hause! Aber so gehts nun einmal nicht!

Und weil es nicht ging, tat ihr Sopherl leid, und sie war ganz aufgeschlossen und viel aufmerksamer mit ihr als es sonst die Würde ihrer Person und ihrer Stellung zugelassen hätte.

Sopherl verlor darüber ein gut Teil ihrer Befangenheit der Mutter Detlevs gegenüber, und da auch der Senator sich heiter unterhalten gab, so plauderten die drei Menschen ganz behaglich miteinander, und Sopherl gab ausrichtigen Bescheid über Detlevs Tun und Treiben und verhehlte durchaus nicht, daß das ganze Haus Ostermayer ihm zu großem Dank verpflichtet sei. Was es ihm dankte, sagte sie nicht, vielleicht weil sie voraussetzte, daß seine Eltern von den Vorzügen der letzten Monate unterrichtet seien oder weil sie Detlevs Mitteilungen nicht vorgreifen wollte. So dachte die Frau Senator.

Sonderbar, wie naiv sie erkannen läßt, daß mein Sohn sie mit seiner Liebe ehrt und bereichert. Arme kluge Deern, ist doch nett von ihr, diese Selbsterkenntnis.

Nur Fräulein Hildegard ließ sich wenig ins Gespräch ziehen und saß mit einer hochmütig ablehnenden Nase da, die deutlich verkündete, daß ihre Besitzerin alles durchschaute und alles mißbilligte, was hier geschah und gesprochen wurde.

Jetzt klang wieder die Korridortür, aber rasch und heftig, und im nächsten Augenblick Hopfte es an Detlevs Tür und ging gleich mit dem „Herein" des Senators stürmte Vitalis herein und rief noch halb von draußen:

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230731015/fragment/page=0002